

Aussprache

Nirwana-Ökonomie

(Zum Beitrag von Otto Sundt in Heft 4/2003, S. 254/5)

Nun kommen auch wir in den Genuss einer Würdigung durch Otto Sundt. Dies ist ein gutes Zeichen. Denn lange Zeit hielten die Marktradikalen es schlichtweg für unter ihrer Würde, sich ernsthaft mit Gegenkonzeptionen auseinander zu setzen. Sie folgten lieber sich selbst beiweihträuchernd dem Motto: Was alle sagen, kann eigentlich nicht falsch sein. Leider wurde dabei Mehrheitsmeinung mit Allgemeingültigkeit verwechselt. Dass eine solche Verabsolutierung eines Erklärungsansatzes zur einzigen Wahrheit uns in den Gesellschaftswissenschaften nicht weiter bringt, wissen wir im Grunde schon seit Poppers Arbeiten zum kritischen Rationalismus. Demnach kann ein Erklärungsansatz immer nur solange den Anspruch auf vorübergehende Gültigkeit beanspruchen, wie er nicht durch die Empirie widerlegt wird. Und hier haben wir scheinbar einen wunden Punkt getroffen. Allmählich werden wohl auch bei den Befürwortern der ungezügelten Marktkräfte, wie Sundt, Zweifel an ihrer Strategie geweckt, sonst würden sie wohl kaum über Gegenentwürfe aus der vermeintlichen Mottenkiste diskutieren wollen.

Geradezu aberwitzig ist Sundts Vorwurf, wir argumentierten in „neurotischer“ Form „modelltheoretisch“. Wer die Neoklassik mit ihren weltfremden Gleichungssystemen und hanebüchenen Annahmen vollständiger Konkurrenz sowie rationaler Erwartungen vor dem Keynesianismus mit dem Argument in Schutz nehmen will, der Keynesianismus sei „modelltheoretisch“, kann sich in der Ökonomie nicht sonderlich auskennen. In diesem Sinne kritisierte schon Keynes eben die Neoklassiker als „euklidische Mathematiker“, die sich wunderten, dass die Welt nicht so funktioniere, wie sie es in ihren

Modellen hergeleitet hätten. Den Vorwurf des Theoretisierens müssen wir aber umso mehr von uns weisen, als wir beide eben nicht aus dem Elfenbeinturm neoklassischer Modellplatonismen stammen, sondern aus der Praxis. Viel entscheidender in der Beurteilung des Paradigmenwechsels ist daher für uns auch die Empirie. Der reine Abgleich von Anspruch und Wirklichkeit ist so viel sagend, dass es eigentlich keiner theoretischen Diskussion mehr bedarf. Denn vor über zwanzig Jahren ist die Politik in Verbindung mit Teilen der Wissenschaft ausdrücklich angetreten, durch einseitige angebotsorientierte Verbesserungen und Liberalisierung das Wachstum zu beleben, die Arbeitslosigkeit abzubauen und die Staatshaushalte zu konsolidieren. Nichts davon ist eingetreten, die Problematik hat sich stattdessen in dramatischer Weise verschärft. Gemessen an deren eigenen Versprechungen hat damit die neoklassisch basierte Politik versagt. Um dies zu erkennen, benötigen wir keine Modelltheorie, ein Blick in die Tagespresse genügt.

Üblicherweise wird nun eingewandt, dass die neoklassischen Ideen ja nicht konsequent umgesetzt werden konnten. Die Daten bestätigen genau dies nicht. Die Gewinnquote hat kontinuierlich zugenommen, die realen Lohnstückkosten haben sich erheblich verringert, und die Steuern - insbesondere auf Gewinne und Vermögen - sind gesenkt worden. Aber selbst wenn diese Trends von den Marktradikalen als zu gering angesehen werden, bleiben wir von diesem Hinweis unbeeindruckt. An dieser Stelle würden wir dann ähnlich wie damals die Kritiker des Keynesianismus mit Blick auf die konzeptionell gebotene, faktisch aber ausgebliebene Entschuldung des Staates in der Boomphase argumentieren: Eine

Politikausrichtung, die es innerhalb eines Vierteljahrhunderts nicht schafft, konsequent umgesetzt zu werden, ist allenfalls geeignet für das Nirwana, aber nicht für das Hier und Jetzt.

Auch könnte man darauf hinweisen, dass die dilettantisch gestaltete deutsche Wirtschafts- und Währungsunion erhebliche Probleme erst neu geschaffen hat, so dass die Fehlentwicklungen zumindest nicht allein der politischen Neuorientierung anzulasten sei. Keine Frage, dieser Aspekt hat Gewicht. Genau so gut hat dann aber der Hinweis Bedeutung, dass damals der Keynesianismus ebenfalls unter erheblichen exogenen Schocks in Form der beiden Ölkrisen zu leiden hatte und daher ein Versagen des Keynesianismus als solches nicht konstatiert werden kann.

Im Detail fällt es zwar schwer, der doch recht diffusen und sprunghaften, zuweilen von unserem Text vollkommen abstrahierenden Argumentation von Sundt zu folgen. Dennoch gilt es, folgende Anmerkungen zu machen: Zum ersten bleibt die Allgemeine Theorie von Keynes natürlich das Basiswerk des Keynesianismus. Es wurde im übrigen ebenfalls aus dem Widerspruch der bis dato vorherrschenden neoklassischen Theorie, wonach es langfristig eigentlich keine Unterbeschäftigung geben dürfe, und der Massenarbeitslosigkeit in Folge der Weltwirtschaftskrise entwickelt. Das „Nonplusultra“ ist die Allgemeine Theorie indessen nicht. Dazu hat sich der Keynesianismus im Laufe der Jahre zu sehr fortentwickelt, so dass es eigentlich nicht verwunderlich ist, wenn - ebenso wie in Neoklassik und Monetarismus - „gegensätzliche Empfehlungen verschiedener Keynes-Apologeten“ bestehen. Zum Zweiten befürworten wir an keiner Stelle einen „staatsmonopolistischen Kapitalismus“. Es geht uns im Rahmen einer marktwirtschaftlichen Ordnung darum, immanente Fehlentwicklungen der Märkte mit Hilfe des Staates zu beseitigen, weil wir erhebliche, empirisch begründete Zweifel an den vielbeschworenen Selbstheilungskräften des Marktes haben. Drittens können wir Sundts Abschweifung in die Währungspolitik nicht nachvollziehen. Weshalb „Widersprüche der Theorie von Keynes ... aus dem Fehlen einer supranationalen Währungsinstanz ... [resultieren]“, bleibt uns schleierhaft. Viertens sind wir meilenweit davon entfernt, der „jahrzehntelange[n] Subventionierung, Abschottung und sonstigen Unterstützung nicht wettbewerbsfähiger Industrie-

zweige ...“ das Wort zu reden. Hier hat Sundt wohl nicht sorgfältig genug gelesen, denn wir hatten wörtlich einen „radikalen Subventionsabbau“ gefordert. Fünftens macht es in der Tat Sinn, eine generelle Differenzierung zwischen den Mechanismen auf den Arbeits- und den Gütermärkten zu machen. Das betrifft zum einen die Existenz so genannter Angebotsanomalien, wonach in Niedriglohnsegmenten eine Ausdehnung der angebotenen Arbeitsmenge mit sinkendem Lohn erfolgen kann. Kein geringerer als Walter Eucken, Galionsfigur des Ordoliberalismus, hat auf diese Gefahr und den Korrekturbedarf hingewiesen. Außerdem setzt Sundt offensichtlich das Gut Arbeitskraft mit anderen herkömmlichen Waren gleich. Dabei verfügt die Ware Arbeitskraft doch über dreizehn Besonderheiten, mit denen sich Sundt einmal auseinander setzen sollte. Er wird dann seine gemachten Aussagen rektifizieren müssen. Bereits Adam Smith, des Interventionismusvorwurfs wohl unverdächtig, hat in diesem Kontext auf das völlige Machtungleichgewicht an den Arbeitsmärkten zugunsten der Arbeitgeber und die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation als Gegengewicht zur Unternehmerschaft hingewiesen: „Die Unternehmer, der Zahl nach weniger, können sich viel leichter zusammenschließen. (...) In allen Lohnkonflikten können zudem die Unternehmer viel länger durchhalten.“ Sechstens entbehrt Sundts These, „dass sich seit der Einverleibung der Allgemeinen Theorie, aber spätestens seit 1990 radikale Staatsinterventionisten in ihrer eigenen Weltanschauung ... nicht mehr zurecht finden“, ebenfalls nicht einer gewissen Komik. Abgesehen davon, dass wir uns nicht zu den radikalen Staatsinterventionisten zählen (s.o), haben wir eher den Eindruck, dass den Neoklassikern angesichts der anhaltenden Wirtschaftsmisere nichts Neues mehr einfällt. Das gilt auch für Sundt, der neben destruktiven Erklärungen keine konstruktiven neuen Gegenvorschläge einbringt. Uns fällt dazu hingegen frei nach Lichtenberg ein: „Es ist nicht gesagt, dass es besser wird, wenn es anders wird. Aber damit es besser wird, muss es anders werden.“ Als einzige Alternative bleibt dabei eine Wiederbelebung keynesianischer Elemente der Wirtschaftspolitik.

*Heinz-J. Bontrup/Ralf-M. Marquardt,
Gelsenkirchen*